SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Taiwan und die Transpazifische Partnerschaft: wirtschaftliche Integration oder politische Aufwertung?

Finkensiep, Sarah; Abb, Pascal

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Finkensiep, S., & Abb, P. (2014). *Taiwan und die Transpazifische Partnerschaft: wirtschaftliche Integration oder politische Aufwertung?* (GIGA Focus Asien, 1). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-369449

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

Nummer 1
2014
ISSN 1862-359X

ASIEN

Taiwan und die Transpazifische Partnerschaft: Wirtschaftliche Integration oder politische Aufwertung?

Sarah Finkensiep und Pascal Abb

Anfang Oktober 2013 führte Taiwans ehemaliger Vizepräsident Vincent Siew am Rande des Gipfeltreffens des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC) in Bali Gespräche mit Japans Premierminister Shinzo Abe und US-Außenminister John Kerry über einen möglichen Beitritt Taiwans zum Transpazifischen Partnerschaftsabkommen.

Analyse

Das Transpazifische Partnerschaftsabkommen ist ein geplantes Freihandelsabkommen zwischen Australien, Brunei, Chile, Kanada, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, den USA und Vietnam. Es soll als Grundlage für verstärkten und offeneren Handel in der asiatisch-pazifischen Region dienen. Taiwan war bisher nicht in diese und andere bi- und multilaterale regionale wirtschaftliche Integrationsbemühungen einbezogen. Es versucht jetzt, durch einen Beitritt einer drohenden Marginalisierung im regionalen Handel entgegenzuwirken.

- Taiwan erhofft sich, die bereits bestehenden Handelsbeziehungen zu den Mitgliedsstaaten des Abkommens zu vertiefen und jeglichen diskriminierenden Umgang mit taiwanischen Waren und Dienstleistungen zu beenden.
- In den vergangenen Jahren nahm die Kooperation zwischen Taiwan und den USA stetig ab. Im Rahmen des Abkommens könnten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erneut gestärkt werden.
- Seit Beginn des neuen Jahrtausends ist die Anzahl von Freihandelsabkommen zwischen asiatischen Staaten angestiegen. Nach dem Abschluss eines entsprechenden Abkommens mit China bemüht sich Taiwan nun um weitere bi- und multilaterale Wirtschaftsabkommen. Mit dem geplanten Beitritt zum Abkommen könnte Taiwan von den Liberalisierungen im regionalen Handel profitieren und wettbewerbsfähig bleiben.
- China billigt inzwischen unabhängige Handelsabkommen zwischen Taiwan und Drittländern, erhöht aber gleichzeitig den politischen Druck auf Taiwan. Es befürchtet, dass Taiwan eine diplomatische Aufwertung erfahren und im Zuge der amerikanischen „Wendung nach Asien“ auch wieder näher an Washington rücken könnte.

Schlagwörter: Taiwan, Transpazifische Partnerschaft (TPP), Freihandelsabkommen, regionale Integration, chinesisch-taiwanische Beziehungen

open access

Regionale Integration durch die Transpazifische Partnerschaft

Die Transpazifische Partnerschaft (TPP) ist ein geplantes Freihandelsabkommen asiatischer, ozeanischer sowie nord- und lateinamerikanischer Staaten. Es basiert auf dem „Trans-Pacific Strategic Economic Partnership Agreement", das im Jahr 2006 zwischen vier Mitgliedern des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (Asia-Pacific Economic Cooperation, APEC), geschlossen wurde. Nachdem im Jahr 2008 auch die USA ihr Interesse an einem Beitritt zu diesem Freihandelsabkommen äußerten, erweiterte sich die Anzahl potenzieller Mitglieder auf insgesamt zwölf Staaten: Australien, Brunei, Chile, Kanada, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, die USA und Vietnam. Für US-Präsident Barack Obama ist die TPP die Grundlage für seine Strategie, durch den Handel mit den wachsenden Märkten in Asien die amerikanische Wirtschaft erneut anzukurbeln und auf diese Weise Arbeitsplätze in den USA zu schaffen. Die Länder im asiatisch-pazifischen Raum sind die Hauptabnehmer für in den USA produzierte Güter und Agrarprodukte. Alle TPP-Mitglieder zusammen sind der größte Markt für US-Exporte von Waren und Dienstleistungen. Gemeinsam umfassen diese Staaten 40 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und ein Drittel des Welthandels.

Verhandlungen über Inhalte, Regelungen und Umsetzung des TPP-Abkommens finden seit dem Jahr 2011 statt und sollten ursprünglich Ende des Jahres 2012 in einen Vertragsabschluss münden. Diese Frist wurde jedoch aufgrund der Komplexität des Abkommens verlängert. Es handelt sich um ein sehr umfangreiches Abkommen, das sowohl den Abbau von Zöllen im Warenhandel, die Liberalisierung des Dienstleistungshandels und des Investitionsschutzes als auch strengere Wettbewerbsregeln für staatliche Betriebe und eine Vereinheitlichung von Handelsregeln vorsieht. Ebenfalls werden der Schutz geistigen Eigentums und die bessere Integration von kleinen und mittleren Unternehmen in den Welthandel thematisiert. Grundsätzlich ist das TPP-Abkommen für alle Mitglieder der APEC zugänglich, da es möglichst viele Staaten in der Region umfassen soll. Das langfristige Ziel ist die Schaffung eines umfassenden asiatisch-pazifischen Freihandelsabkommens. Allerdings müssen die Bewerber sowohl die vorgeschriebenen Standards des TPP-Abkommens erfüllen als auch die Zustimmung aller bestehenden Mitglieder einholen. Besonders große Aufmerksamkeit schenken die TPP-Mitglieder dabei der Bereitschaft zur Liberalisierung des Handels und der Akzeptanz eines Beitritts in der Bevölkerung beziehungsweise einer breiten Unterstützung des TPP-Abkommens durch die politischen Gruppierungen in den jeweiligen Ländern.

Das TPP-Abkommen ist jedoch nicht das einzige multilaterale Partnerschaftsabkommen in der Region. Unter der Führung des Verbands Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) wird derzeit die sogenannte regional umfassende wirtschaftliche Partnerschaft (Regional Comprehensive Economic Partnership, RCEP) geplant. Bei der RCEP handelt es sich um ein Freihandelsabkommen zwischen den ASEAN-Staaten und ihren sechs Partnern Australien, China, Indien, Japan, Neuseeland und Südkorea. Ziel dieses Abkommens ist es, eine Grundlage für den verstärkten Handel und vermehrte Investitionen in der Region zu schaffen, womit die Inhalte des RCEP-Abkommens also fast identisch mit denen des TPP-Abkommens sind. Entsprechend werden beide Abkommen daher auch als konkurrierende Entwürfe für wirtschaftliche Integration in der asiatisch-pazifischen Region gesehen. Das RCEP-Abkommen legt diese allerdings bislang geografisch deutlich enger aus und sieht keine Beteiligung nord- und südamerikanischer Pazifikanrainer vor.

Taiwans Interesse an der TPP

In der Amtsantrittsrede anlässlich seiner Wiederwahl im Mai 2012 verkündete Taiwans Präsident Ma Ying-jeou, dass Taiwan innerhalb der nächsten acht Jahre dem TPP-Abkommen beitreten werde. Wenig später genehmigte das Kabinett im Rahmen eines Treffens der „International Economic Strategy Group" offiziell die Strategie der Regierung, den TPP-Beitritt aktiv zu fördern (Ministry of Economic Affairs 2013a: 6). Auch an einem Beitritt zur RCEP hat Taiwan Interesse geäußert, doch vorerst will es sich auf seine Aufnahme in die TPP konzentrieren. Wie der ehemalige Vizepräsident Vincent Siew in einer Rede in der Brookings Institution in Washington erwähnte, seien die Beitrittsstandards der RCEP niedriger als die der TPP. Wenn Taiwan also fähig sein werde, der TPP beizutreten, würde eine Aufnahme in die RCEP entsprechend leichtfallen (Brookings Institution 2013: 9).

Taiwan ist aus mehreren Gründen stark daran interessiert, in die TPP aufgenommen zu werden. Erstens könnte sich eine Mitgliedschaft positiv auf die Entwicklung der taiwanischen Wirtschaft auswirken, da diese stark auf Handel und Export zugeschnitten ist. Im Jahr 2012 machte der Export von Waren und Dienstleistungen 74 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus (Bush und Meltzer 2013: 3). Des Weiteren gehören fünf der TPP-Mitglieder zu Taiwans zehn wichtigsten Handelspartnern: Japan, die USA, Singapur, Malaysia und Australien. Insgesamt macht der Handel mit den TPP-Mitgliedern 35 Prozent des gesamten Außenhandels von Taiwan aus. Laut dem Taiwanischen Wirtschaftsministerium (Ministry of Economic Affairs, MOEA) erhofft man sich, durch die Mitgliedschaft in der TPP die bereits bestehenden Handelsbeziehungen noch weiter zu vertiefen und jeglichen diskriminierenden Umgang mit taiwanischen Waren und Dienstleistungen zu beenden. Ferner sehe man Vorteile für taiwanische Unternehmen, welche von niedrigen Zöllen und erweiterten Exportmärkten profitieren würden. Ohne TPP-Beitritt bestünde andererseits die Gefahr, dass Taiwan in mehreren Sektoren seiner Wirtschaft Schaden nehmen könnte. So befürchtet das MOEA eine potenzielle Benachteiligung der Plastik-, Gummi-, Textil- und Bekleidungsindustrie durch geplante Herkunftsregelungen im TPP-Abkommen (Ministry of Economic Affairs 2013a: 6). Darin ist zum Beispiel vorgesehen, dass TPP-Mitglieder nur Garn weiterverarbeiten dürfen, welches ebenfalls von einem TPP-Mitglied produziert wurde. Nur Textilien, die diese Auflage erfüllen, erhielten den gewünschten zollfreien Zugang zu den Märkten der anderen Mitgliedsstaaten. Dies würde sich negativ auf taiwanische Hersteller von Textilien auswirken, welche ihre Waren zurzeit hauptsächlich nach Malaysia und Vietnam exportieren. Sie würden bei einem Ausschluss Taiwans vom TPP-Abkommen wahrscheinlich durch Hersteller aus TPP-Mitgliedsstaaten verdrängt.

Zweitens könnte eine Mitgliedschaft Taiwans in der TPP die Beziehungen des Landes mit den USA erneut stärken. Obwohl es seit dem Jahr 1971 keine offiziellen bilateralen diplomatischen Beziehungen mehr gibt, ist der „Taiwan Relations Act“ aus dem Jahr 1954 bis heute unverändert in Kraft. In diesem gegenseitigen Sicherheitsabkommen zwischen den USA und Taiwan sagen sich beide Seiten unter anderem Unterstützung im Fall eines Übergriffs durch eine dritte Partei zu. Außerdem unterstützen die USA Taiwan durch Waffenlieferungen. So gab das Komitee für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses Mitte November 2013 bekannt, dass im Jahr 2015 vier Kriegsschiffe an Taiwan geliefert werden sollen (House Committee on Foreign Affairs 2013). Neben den politischen Beziehungen waren die USA und Taiwan in der Vergangenheit auch wirtschaftlich eng miteinander verbunden. In den 1950er Jahren begannen die USA damit, den Aufbau eines eigenständigen Wirtschaftssystems in Taiwan durch finanzielle Hilfsprogramme zu fördern. Bis zum Jahr 1965 flossen insgesamt ca. 1,5 Mrd. USD Entwicklungshilfe nach Taiwan. Die Tatsache, dass Taiwan von den USA offiziell nicht als unabhängiger Staat anerkannt wird, tat dem bilateralen Handel ebenfalls keinen Abbruch. Mit knapp 10 Prozent Anteil an Taiwans Gesamthandel sind die USA immer noch der drittwichtigste Handelspartner des Landes.

In den letzten Jahren haben die wirtschaftlichen Beziehungen Taiwans zu den USA allerdings an Bedeutung verloren, was überwiegend der wirtschaftlichen Dynamik in Ostasien und speziell dem rasanten Wachstum Chinas geschuldet ist. Zu Beginn des neuen Jahrtausends wurden die USA durch China als neuer wichtigster Handelspartner Taiwans abgelöst (Bureau of Foreign Trade 2013). Außerdem führten Konflikte über Regulierungen im Handel zu einer weiteren Entfremdung: So wurden die bilateralen Gespräche über die Ausweitung wirtschaftlicher Kooperation im Rahmen des bilateralen „Trade and Investment Framework Agreement“ (TIFA) zwischen den Jahren 2007 und 2013 unterbrochen. Der Grund war ein Handelsdisput über strikte Einfuhrbeschränkungen für amerikanisches Rind- und Schweinefleisch nach Taiwan. Erst nachdem die Regierung unter Ma die entsprechenden Importregelungen lockerte, wurden die Gespräche wieder aufgenommen. Trotzdem sind einige wichtige Persönlichkeiten, wie der Präsident des „US-Taiwan Business Council“, Rupert Hammon Chambers, skeptisch gegenüber der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern eingestellt. Wie Chambers feststellte, hätten sich diese in letzter Zeit eingetrübt, was sich unter anderem durch den fehlenden Austausch auf Kabinettsebene erkläre und ein mangelndes Interesse der US-Regierung an den Beziehungen zu Taiwan demonstriere (Lowther 2013).

Drittens bietet eine TPP-Mitgliedschaft Taiwan die Chance, verstärkt an der stattfindenden regi-

onalen Integration teilzuhaben. Seit Beginn des neuen Jahrtausends ist die Anzahl von Freihandelsabkommen zwischen asiatischen Staaten so schnell gestiegen, dass im Allgemeinen von der asiatischen „Nudelschüssel" gesprochen wird, also einem Wirrwarr aus unzähligen bilateralen und multilateralen Abkommen. Während es im Jahr 2002 insgesamt 36 Freihandelsabkommen in Asien gab, stieg die Zahl bis zum Jahr 2013 auf 109 Abkommen an, und weitere befinden sich in Verhandlung (Meltzer 2013: 12). Nur Taiwan konnte zu Beginn nicht von diesem Boom profitieren, da eine große Unsicherheit bestand, inwieweit China Handelsabkommen zwischen Taiwan und Drittländern akzeptieren würde. Erst der Abschluss des „Economic Cooperation Framework Agreements" (ECFA) mit China im Jahr 2010 eröffnete die Möglichkeit, mit weiteren Staaten in Verhandlungen zu treten, während die parallele Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern sicherstellen sollte, dass Taiwan sich wirtschaftlich nicht von China entfremdet. So konnte Taiwan kurz nach dem Abschluss des ECFA Gespräche mit Singapur und Neuseeland aufnehmen, die im Jahr 2013 zu der Unterzeichnung von Freihandelsabkommen führten. Weitere Handelsabkommen in sechs verschiedenen Bereichen wurden mit Japan geschlossen, zum Beispiel über E-Commerce oder Fischerei. Dennoch blieb Taiwan bislang hinter dem schnell fortschreitenden Trend zu mehr Integration zurück, was sich negativ auf Taiwans Wettbewerbsfähigkeit auswirkte.

Da Taiwan genau auf solche wegbereitenden Abkommen angewiesen ist, um die Chancen für eine Aufnahme in die TPP zu erhöhen, strebt es besonders Freihandelsabkommen mit TPP-Mitgliedern an. Damit will Taiwan signalisieren, dass es bereit ist, sowohl die geforderte Liberalisierung im Binnenmarkt durchzuführen als auch wichtige bilaterale Abkommen zu verhandeln und umzusetzen. In diesem Kontext kann zum Beispiel auch das Freihandelsabkommen mit Singapur gesehen werden. Das „Agreement between Singapore and the Separate Customs Territory of Taiwan, Penghu, Kinmen and Matsu on Economic Partnership" (ASTEP) wurde im Mai 2013 nach nur zwei Jahren Verhandlungen unterzeichnet. Bei dem ASTEP handelt es sich um ein Abkommen mit einem hohen Standard, welches unter anderem die gemeinsame Liberalisierung des grenzüberschreitenden Handels von Waren und Dienstleistungen, E-Commerce, Regulationen, Wettbewerb oder auch Regelungen über geistiges Eigentum umfasst - alles Aspekte, die auch in der TPP eine große Rolle spielen. Laut Aussage des MOEA zeige das ASTEP die Entschlossenheit Taiwans, seinen Handel zu liberalisieren. Außerdem könne es als Grundlage für weitere bilaterale oder auch regionale Handelsabkommen dienen. Schließlich wird betont, dass das ASTEP ebenfalls als eine Diskussionsplattform für gemeinsame Interessen diene (Ministry of Economic Affairs 2013b). Insgesamt betrachtet bemüht sich Taiwan darum, sich durch Abkommen wie ASTEP stärker in regionalen Handel und Kooperationsmechanismen zu integrieren und anhand dieser gleichzeitig die Akzeptanz für seine Aufnahme in die TPP bei dessen Mitgliedern zu erhöhen.

Reaktionen der TPP-Mitgliedsstaaten

Bisher gibt es von Seiten der bestehenden TPP-Mitgliedsstaaten kaum offizielle Reaktionen zu einer etwaigen Aufnahme Taiwans. Lediglich Japans Premierminister Shinzo Abe äußerte sich am Rande eines APEC-Gipfeltreffens im Oktober 2013 auf Bali hierzu, als er nach einem Gespräch mit dem Leiter der taiwanischen Delegation, Vincent Siew, die Aufnahme Taiwans in das Abkommen befürwortete. Ebenfalls positiv steht der neuseeländische Botschafter in den USA, Michael Moore, einer Mitgliedschaft Taiwans gegenüber. Das bilaterale Handelsabkommen zwischen Neuseeland und Taiwan zeige die Entschlossenheit Taiwans sich an der wirtschaftlichen Integration zu beteiligen. Auch einzelne amerikanische Politiker unterstützen Taiwans Anliegen: So forderte Senator Robert Menendez, Vorsitzender des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten, den US-Handelsbeauftragten dazu auf, Taiwan in die TPP-Verhandlungen einzubinden. Die US-Regierung hat zwar zu diesem Thema noch keine klare Stellung bezogen, es finden sich aber durchaus weitere Befürworter, welche sich für Taiwan einsetzen und gegebenenfalls entsprechenden Druck ausüben könnten: Besonders Vertreter der Wirtschaft verweisen in ihrer Argumentation auf bereits erbrachte Fortschritte des Landes, durch bilaterale Handelsabkommen seine Wirtschaft schrittweise zu liberalisieren und gegenüber anderen Ländern zu öffnen (Lee 2013).

Das Plazet des japanischen Premierministers ist für die weitere Entwicklung außerordentlich wichtig: Japan ist nach den USA die zweitgrößte

Wirtschaftsmacht unter den TPP-Mitgliedern und für die meisten asiatischen Staaten neben China der wichtigste Handelspartner in der Region (Chou und Hsiao 2013). Demzufolge könnte die Unterstützung durch Japan die Chancen erhöhen, dass sich Japans Partner dieser Position anschließen. Nichtsdestotrotz sind die Reaktionen der anderen TPP-Mitglieder auf die mögliche Aufnahme Taiwans insgesamt noch eher zurückhaltend. Dies sollte zwar nicht mit einer Ablehnung gleichgesetzt werden, könnte jedoch damit zu tun haben, dass noch Unsicherheit herrscht, wie China auf einen Beitritt Taiwans zum TPP-Abkommen reagieren wird und ob Beijing die Unterstützung der Aufnahme Taiwans negativ sanktionieren würde. Chinas Haltung ist somit von großer Bedeutung für den Fortgang der Beitrittsambitionen.

Beijings Haltung zu Taiwans TPP-Mitgliedschaft

Beijing hat bislang keinen Kommentar zu Taiwans Avancen an die TPP-Mitglieder abgegeben. Chinas Position dürfte aber entscheidend sein. Ein Beitritt Taiwans wäre insofern brisant, als es sich zwar einerseits um ein Handelsabkommen handelt, damit andererseits aber eine staatliche Aufwertung Taiwans intendiert sein könnte. Derzeit ist angesichts Chinas Haltung zu Taiwans bisherigen Freihandelsabkommen zwar eher mit einer neutralen Position zu rechnen, zumal Beijing im Juli 2013 selbst Interesse an einer Mitgliedschaft signalisiert hat. Gegebenenfalls könnte es aber auch zu einer Ablehnung neigen.

Taiwans bilaterale Handelsabkommen mit Staaten, welche bereits über ähnliche Abkommen mit China selbst verfügen, wurden bisher von offizieller chinesischer Seite gebilligt, wie der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Hong Lei erst kürzlich bestätigte (*Economic Times* 2013). Die chinesische Regierung befürchtet in diesen Fällen also nicht, dass Taiwan sich wirtschaftlich neuen Partnern zuwendet, um sich von China abwenden zu können. Seit der Unterzeichnung des ECFA-Abkommens im Jahr 2010 sind die Wirtschaftssysteme auf beiden Seiten der Taiwanstraße enger miteinander verbunden denn je. Erst im Juni 2013 vereinbarte man ein auf dem ECFA basierendes Abkommen, welches die Liberalisierung von 80 Dienstleistungssektoren in China, die Öffnung von 64 Sektoren in Taiwan und die Reduzierung chinesischer Zölle festlegt. Damit wird die Position Chinas als wichtigster Handelspartner Taiwans nochmals gestärkt. Taiwan ist damit bis zu einem gewissen Grad abhängig vom Handel mit China, welcher 40 Prozent des gesamten Außenhandels der Insel ausmacht. Die zusätzliche Öffnung von noch mehr Sektoren der taiwanischen Wirtschaft wird diese Abhängigkeit nochmals erhöhen, sodass Taiwan auch bei einem TPP-Beitritt eine wirtschaftliche Abwendung von China nicht riskieren würde.

Zugleich hat Beijing in den letzten zwei Jahren den Druck auf Taiwan stetig erhöht, nach den wirtschaftlichen auch politische Gespräche aufzunehmen. Chinas Präsident Xi Jinping äußerte gegenüber der taiwanischen Delegation auf dem APEC-Gipfeltreffen in Bali, dass „politische Angelegenheiten nicht ewig außer Acht gelassen" werden könnten. Das Ziel der Wiedervereinigung mit Taiwan verfolgt Beijing bereits seit der Machtergreifung der Kommunisten im Jahr 1949. Laut der „Ein-China-Politik" gibt es nur einen chinesischen Staat, der auch Taiwan als Provinz umfasst. Ergänzt wird dieses Prinzip seit Ende der 1970er Jahre durch die „Politik der friedlichen Wiedervereinigung" und die Leitlinie „ein Land, zwei Systeme". Trotzdem ist es immer wieder zu militärischen Übergriffen durch China gekommen. Vor allem während der Präsidentschaft Chen Shuibians von der Demokratischen Fortschrittspartei, der sich für ein unabhängiges Taiwan einsetzte, war die Situation angespannt. Erst nachdem die Kuomintang unter Ma Ying-jeou im Jahr 2008 an die Macht zurückkehrte, näherten sich China und Taiwan wieder an. Ma vertritt offiziell die Ansicht, dass die bilateralen Beziehungen nicht auf einem zwischenstaatlichen Rahmen basieren würden, aber auch nicht vollkommen innerstaatlicher Natur seien. Beide Seiten haben sich implizit auf den vorläufigen Erhalt des Status quo geeinigt.

Dieses Festhalten am Status quo entspricht also nicht der Forderung Beijings nach einem vereinten China und könnte sich auch in Bezug auf die TPP als problematisch erweisen. Seit Taiwan im Jahr 1971 seinen Sitz in den Vereinten Nationen an China abtreten musste, unterhalten zwar nur noch 22 kleine, überwiegend südamerikanische und ozeanische Staaten offizielle diplomatische Beziehungen mit Taibei, aber trotzdem halten viele andere Staaten auf Umwegen inoffizielle diplomatische Beziehungen mit Taiwan aufrecht, meist durch „Ständige Vertretungen" oder ähnliche Institutionen unterhalb offizieller Botschaf-

ten. Die Bundesrepublik Deutschland wird zum Beispiel durch das Deutsche Institut in Taibei repräsentiert. Neben Ständigen Vertretungen dienen allerdings auch internationale Organisationen als Ort des Austausches und der Kooperation: Unter anderem darf Taiwan als ständiger Beobachter an Treffen der Weltgesundheitsversammlung, dem höchsten Entscheidungsorgan der Weltgesundheitsorganisation, teilnehmen. Wichtig für die Akzeptanz seitens Beijings ist dabei, dass Taiwan nicht als staatlicher, sondern immer als rein wirtschaftlicher Akteur auftritt. So wird es in den meisten Organisationen unter der Bezeichnung „Chinese Taipei" geführt.

Auch in der TPP würde dies nicht anders sein. Dennoch verdeutlichen diese inoffiziellen Beziehungen insgesamt, dass andere Staaten Taiwan als einen selbstständig handelnden Akteur wahrnehmen. Diese Tendenz könnte durch eine Mitgliedschaft Taiwans in der TPP noch verstärkt werden und eventuell zu einer Aufwertung des diplomatischen Status des Landes führen. Des Weiteren ist für eine Aufnahme in die TPP die Zustimmung sämtlicher bestehender Mitglieder nötig. Das heißt, dass alle TPP-Staaten sich sowohl intensiv mit Taiwan auseinandersetzen als auch es im Falle einer Mitgliedschaft als gleichberechtigten Partner behandeln müssten. Da die TPP neben rein wirtschaftlichen Aspekten ebenfalls Prozesse wie die Schaffung von einheitlichen Regelwerken in Bereichen wie dem Schutz geistigen Eigentums oder auch Umwelt und Arbeit umfasst, besteht die Möglichkeit der Annäherung über die wirtschaftlichen Aspekte hinaus. Demnach könnte einer wirtschaftlichen Integration in die Region eine politische Integration folgen, womit Taiwans Mitgliedschaft also ein gewisses Konfliktpotenzial für seine Beziehungen zu China birgt.

Ein weiterer für Beijing problematischer Aspekt sind Taiwans Beziehungen zu den USA. Während die USA bis in die 1960er Jahre hinein enge politische Beziehungen zu Taiwan pflegten, näherten sie sich ab den 1970er Jahren an China an. US-Präsident Nixon verkündete auf einem Staatsbesuch in China, dass es nur ein China gebe und Taiwan ein Teil desselben sei. Ferner sollten die Chinesen die Taiwanfrage selbst friedlich lösen. Infolgedessen zogen die USA ihre Streitkräfte, welche im Zuge des Koreakrieges auf Taiwan stationiert wurden, von dort ab. Schließlich erkannte Präsident Carter im Jahr 1979 die Volksrepublik China als einzig legitime Vertretung ganz Chinas an und alle offiziellen diplomatischen Beziehungen mit Taiwan wurden abgebrochen. Dennoch versteht China die Taiwanpolitik der USA bis heute als ein Eingreifen in seine inneren Angelegenheiten. Obwohl die USA auch unter Obama die „Ein-China-Politik" verfolgen, findet weiterhin ein reger Austausch mit Taiwan statt. Beijing kritisiert unter anderem, dass nach wie vor Waffen an Taiwan geliefert werden. Besonders seitdem Barack Obama die neue außenpolitische Leitlinie „Wendung nach Asien" aufgestellt hat, ist die Furcht vor einer stärkeren US-Militärpräsenz und einer potenziellen Einkreisung Chinas durch US-Allianzen gestiegen. In chinesischen Medien wird berichtet, dass die USA mit Hilfe der TPP ihren Einfluss in Asien ausweiten und auf diese Weise Verbündete gegen China gewinnen wollen. Ziel der USA sei es, den Aufstieg Chinas einzuschränken und die asiatische Regionalintegration einzudämmen. Ferner wird den USA unterstellt, die TPP als Vehikel zu benutzen, um eine Führungsposition im Handel zu erlangen und auf diese Weise regionale und globale Regelwerke einseitig nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten (Mulgan 2013). Insgesamt sei der geopolitische Status Chinas bedroht, da andere Staaten sich im Rahmen der TPP enger an die USA binden könnten. In diesem Zusammenhang könnte Beijing einen Beitritt Taiwans zum TPP-Abkommen ebenfalls negativ auffassen.

Innenpolitischer Widerstand in Taiwan gegen die TPP

Ob Taiwan überhaupt eine TPP-Mitgliedschaft verwirklichen kann, bleibt abzuwarten. Neben den TPP-Mitgliedern muss die Regierung Ma Ying-jeous auch mächtige innenpolitische Akteure von der Notwendigkeit der Aufnahme Taiwans in die TPP überzeugen - und einige Interessengruppen in Taiwan lehnen diesen Schritt ab. Unter anderem sehen Bauernverbände und Agrarproduzenten die mit der TPP einhergehenden Liberalisierungen sehr kritisch und befürchten eine Benachteiligung durch mögliche Preisrückgänge oder Konkurrenz durch andere Mitgliedsländer. Das MOEA versucht dieser Haltung durch Aufklärungsarbeit und verstärkter Kommunikation mit den betroffenen Interessengruppen zu begegnen.

Die Unterstützung des TPP-Beitritts durch die Öffentlichkeit soll mittels verschiedener Kampagnen erhöht werden: So sollen etwa landesweit

Workshops über regionale wirtschaftliche Integration und TPP im Allgemeinen abgehalten werden. Im September 2012 veranstaltete das MOEA zudem bereits eine breitere Diskussionsrunde, an der Vertreter von Regierung, Wissenschaft und Industrie teilnahmen. Thematisiert wurden unter anderem mögliche Auswirkungen der TPP auf Taiwan. Inzwischen ist auch eine Studie in Planung, die solche potenziellen Auswirkungen des TPP-Abkommens auf die einzelnen Wirtschaftssektoren Taiwans analysiert. Neben der Auflistung von Vor- und Nachteilen einer TPP-Mitgliedschaft sollen auch Maßnahmen entwickelt werden, wie sich Letztere abmildern lassen, um Kritiker ins Boot zu holen. Doch selbst wenn alle TPP-Mitglieder und Interessengruppen die Mitgliedschaft Taiwans unterstützen würden, könnte der Beitritt Taiwans noch an der Ratifizierung des Abkommens durch das Parlament scheitern. Die Regierung von Ma Ying-jeou muss hier also noch einige Überzeugungsarbeit leisten, bevor überhaupt an eine TPP-Mitgliedschaft Taiwans zu denken ist.

Literatur

Brookings Institution (2013), *Taiwan and the Trans-Pacific Partnership: Issues and Opportunities*, online: <www.brookings.edu/~/media/events/2013/11/20%20taiwan%20transpacific%20partnership/20%20taiwan%20transpacific%20partnership%20transcript%20final.pdf> (16. Dezember 2013).

Bureau of Foreign Trade (2013), *Trade Statistics*, online: <http://cus93.trade.gov.tw/ENGLISH/FSCE/> (16. Dezember 2013).

Bush, Richard, und Joshua Meltzer (2013), *Taiwan and the Transpacific-Partnership: Preparing the Way*, online: <www.brookings.edu/~/media/research/files/papers/2013/10/taiwan%20transpacific%20partnership%20bush%20meltzer/taiwan%20and%20tpp%20bush%20and%20meltzer%20103013.pdf> (16. Dezember 2013).

Chou, Jay, und Scully Hsiao (2013), Japanese Prime Minister Supports Taiwan's TPP Entry, in: *Focus Taiwan*, online: <http://focustaiwan.tw/search/201310080031.aspx?q=TPP> (16. Dezember 2013).

Economic Times (2013), China Cautions Singapore Over FTA with Taiwan, 7. November, online: <http://articles.economictimes.indiatimes.com/2013-11-07/news/43776089_1_taiwan-fta-hong-lei> (16. Dezember 2013).

House Committee on Foreign Affairs (2013), *Chairman Royce Introduces Naval Vessel Transfer Act*, online: <http://foreignaffairs.house.gov/press-release/chairman-royce-introduces-naval-vessel-transfer-act> (16. Dezember 2013).

Lee, James (2013), Singapore Pact Can Help Taiwan Join Regional Economic Blocs: ANZ, in: *Focus Taiwan*, online: <http://focustaiwan.tw/search/201311080008.aspx?q=TPP> (16. Dezember 2013).

Lowther, William (2013), Conference Reveals Faltering US-Taiwan Ties, in: *Taipei Times*, online: <www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2013/10/01/2003573428> (16. Dezember 2013).

Meltzer, Joshua (2013), *Taiwan's Economic Opportunities and Challenges and the Importance of the Trans-Pacific Partnership*, online: <www.brookings.edu/~/media/research/files/papers/2013/09/30%20taiwan%20trans%20pacific%20partnership%20meltzer/taiwan%20and%20trans%20pacific%20partnership%20meltzer%20paper%20final.pdf> (16. Dezember 2013).

Ministry of Economic Affairs (2013a), *Current Status of Taiwan's Efforts in Joining the Trans-Pacific Partnership*, online: <www.moea.gov.tw/Mns/english/home/TextSearch.aspx?menu_id=235&q=Trans+Pacific+Partnership> (16. Dezember 2013).

Ministry of Economic Affairs (2013b), *Explanatory Materials for the Agreement between Singapore and the Separate Customs Territory of Taiwan, Penghu, Kinmen and Matsu on Economic Partnership ("ASTEP")*, online: <www.mofa.gov.tw/EnOfficial/Topics/TopicsIndex/?opno=71b9bcc4-56d5-4a8f-adc4-f7846a9dedbf> (16. Dezember 2013).

Mulgan, Aurelia George (2013), Japan, US and the TPP: The View from China, in: *East Asia Forum*, online: <www.eastasiaforum.org/2013/05/05/japan-us-and-the-tpp-the-view-from-china/> (16. Dezember 2013).

Die Autoren

Sarah Finkensiep studiert an der Ruhr-Universität Bochum und hat einen Bachelor-Abschluss im Studienfach Politik Ostasiens.

E-Mail: <Sarah.Finkensiep@rub.de>

Dr. des. Pascal Abb ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien und Mitglied im GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen".

E-Mail: <pascal.abb@giga-hamburg.de>, Website: <www.giga-hamburg.de/team/abb>

GIGA-Forschung zum Thema

Die Mitglieder des GIGA Forschungsschwerpunkts 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen" beschäftigt sich mit der Frage, wie der Charakter der internationalen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten durch verschiedene Aspekte des Globalisierungsprozesses beeinflusst worden ist.

GIGA-Publikationen zum Thema

Hoepfner, Maren (2013), *ASEAN+6: Größte Freihandelszone der Welt in Planung*, GIGA Focus Asien, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/asien> .

Journal of Current Chinese Affairs (2012), Topical Issue: Taiwan under KMT Rule: Recent Trends in Domestic Politics and Cross-Strait Relations, 41, 3, online: < www.CurrentChineseAffairs.org>.

Nymalm, Nicola, und Elmira Schaltuganow (2012), *Die Außenhandelskooperation der USA mit Asien*, GIGA Focus Global, 11, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Rai, Durgesh K. (2010), *Asian Economic Integration and Cooperation: Challenges and Ways Forward for Pan-Asian Regionalism*, GIGA Working Papers, 152, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

open access

Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons*-Lizenz *Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny
Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM